

Samstagsinterview

«Ein Verbot der AfD könnte nach hinten losgehen»

Bauernproteste, Lokführerstreik, rechte Geheimkonferenz und Massendemonstrationen: Was ist los in Deutschland? Historiker Siegfried Weichlein ordnet die Ereignisse ein – und sagt, welche Frage von 1933 sich wieder stellt.

Interview: Tobias Graden

Siegfried Weichlein, denken Sie an Deutschland in der Nacht...

Siegfried Weichlein: ... dann bin ich um den Schlaf gebracht! So heisst es ja im Original.

Und wie ist es bei Ihnen?

Wenn ich an Deutschland denke in der Nacht, dann werde ich nachdenklich.

Bauern blockieren Städte, Lokführer legen die Bahn lahm, Rechte planen die «Umvolkung», worauf Zehntausende demonstrieren, und die Regierung wirkt zaghaft – was ist los in Deutschland?

Es ist natürlich heikel, als Historiker das zu sagen, aber: Diese Zeit ist schon besonders. Es kreuzen sich Problemkreise und häufen sich Problemschichten, wie sie sich so noch selten addiert haben. Wir erleben eine der grössten Krisenverdichtungen seit 1990.

Welche Krisen sind das?

Da ist zum einen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der eine Koordination der europäischen Partner für die Hilfe notwendig macht. Für Deutschland geht es auch um das Engagement an der Seite Israels im Krieg in Nahost. Im Innern haben wir das anspruchsvolle Programm der Regierungskoalition, das den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorsieht und gleichzeitig grössere soziale Gerechtigkeit herstellen will; dies unter den Bedingungen gestiegener Inflation und den Schwierigkeiten in den europäischen Institutionen, welche die Entscheidungsfindung erschweren. Kurz: Der Bedarf an Lösungen für Probleme ist gestiegen, aber die Instrumente dafür funktionieren nicht richtig.

Wie meinen Sie das?

Ein Beispiel: Eine europäische Antwort auf die Geschehnisse in der Ukraine müsste durch die Nato koordiniert werden. Allerdings ist sie immer weniger handlungsfähig, weil die USA im Wahlkampf sind, die schwedische Beitrittsfrage lange offen war und die ungarische Position zu berücksichtigen ist. Darum kommt die EU stärker ins Spiel, dort haben wir aber wieder die Schwierigkeiten mit Ungarn und es gibt Probleme, die Lasten für die Unterstützung der Ukraine zu verteilen. Ironischerweise ist es mit Deutschland dann wieder eine nationale Regierung, die stärkere Hilfe anmahnen muss.

Die deutsche Regierung muss ihren Bürgern also mehr Lasten zumuten. Das stösst jedoch auf Gegenwehr, wie wir an den Bauernprotesten gesehen haben. Warum haben sich diese gerade an eigentlich geringfügigen Sparmassnahmen entzündet?

In der Landwirtschaft gibt es strukturelle Probleme, die bewältigt werden müssen. Die Bauern beklagen sich ja nicht nur über den Agrardiesel und die Kfz-Steuer, sondern genauso über Bürokratie und die Öko-Regeln, die durch die Europäische Union beschlossen wurden. Gleichzeitig haben sich die Marktvorgaben geändert. In diese Lage kommt die Notwendigkeit für die Bundesregierung, insgesamt 87 Milliarden Euro einzusparen, einen Teil davon in der Landwirtschaft. Es ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Der Gegenstand der Proteste ist also ein Symbol für einen viel tiefer gehenden Unmut?

Ja. Die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft ist unsicher geworden, sie deckt sich nicht mehr mit dem traditionellen Selbstbild der Bauern. Verbunden mit dem ökologischen Umbau ändern sich nicht nur die steuerlichen Grundlagen, sondern auch die Produktionsmuster. Das bedeutet grossen Anpassungsstress, und das löst Wut aus.

Ist dieser Anpassungsdruck der Grund, warum sich viele Leute mit den Bauern solidarisieren, da es ihnen ähnlich geht?

Der Anpassungsdruck für die Landwirtschaft ist notorisch hoch. Wenn wir die Geschichte der Landwirtschaft in der Moderne betrachten, dann besteht diese ja nur aus Krisen. Das ist so, weil moderne Gesellschaften nun mal nicht mehr Agrargesellschaften sind. Das bedeutet aber nicht, dass sich das Selbstbild der Bauern entsprechend angepasst hat.

Das ist in der Schweiz auch zu beobachten.

Genau. Wenn man etwa an den Bauernhöfen im Gantrischgebiet vorbeikommt, dann ist dieses bäuerliche Arbeitsethos, der Berufsstolz richtig spürbar. Tatsächlich aber ist die landwirtschaftliche Produktion sehr stark von staatlichen Subventionen abhängig. In Deutschland ist das nicht anders. Ich plädiere aber in einer Sache für Verständnis.

In welcher?

Für Deutschland gilt: Die Bedingungen für landwirtschaftliche Produktion werden nicht durch deutsche Regeln definiert, sondern durch europäische. Die Bauern reagieren ihren Frust an der Bundesregierung ab, doch die Regeln dahinter wurden im August 2021 auf europäischer Ebene definiert.

Teilweise wurden an den Protesten auch rechte Inhalte transportiert. Ist dies ein Hinweis auf die politische Ausrichtung der Landwirtschaft oder hat die Rechte die Gelegenheit genutzt, einen sachbezogenen Protest zu unterwandern?

Es haben sich sinistre Organisationen wie «Land schafft Verbindung», die zum äussersten rech-

ten Lager tendieren, an die Proteste angehängt. Der deutsche Bauernverband distanziert sich klar davon. Es gilt zu betonen: Die Bauern stehen nicht weit rechts! Sie sind politisch zumeist im gemässigt konservativen Lager.

Politisch bleibt aber fast nur die Hinwendung zu rechts, denn wirklich europakritisch ist ja nur die AfD.

So klug ist der Bauernverband dann schon, um zu merken, dass das nicht geht. Die Bauern sind zwar gegen Teile der europäischen Agrarpolitik, aber sie sind nicht europaskeptisch, denn sie profitieren ja auch vom gemeinsamen europäischen Agrar-Binnenmarkt. Auf diesen wollen sie auf gar keinen Fall verzichten.

Der Slogan lautet nun: «Die Ampel muss weg». Was müsste die Regierung unternehmen, um die Landwirtschaft wieder hinter sich zu bringen?

Das lässt sich so gar nicht sagen, denn in der Landwirtschaft werden ohnehin kaum SPD, Grüne und Liberale gewählt. Politisch wichtig wäre aber, dass dem berechtigten Anliegen der Landwirtschaft Rechnung getragen wird. Und dieses Anliegen lautet Planungssicherheit. Die Landwirtschaft kann nicht jedes Jahr nach neuen Regeln produzieren, sie braucht Berechenbarkeit. Und die Bürokratie muss auf ein Mass reduziert werden, das für die Landwirtschaft zu bewältigen ist.

Nach den Bauernprotesten streiken nun die Lokführer. Gibt es Parallelen?

Nein, das ist etwas ganz anderes. Die Lokomotivführer sind eher zu vergleichen mit den Fluglotsen, die letztes Jahr gestreikt haben. Beide sitzen in einer hochkomplexen, arbeitsteiligen Gesellschaft in Schlüsselpositionen. Wenn diese nicht besetzt sind, dann läuft nichts mehr. Es gibt 210 000 Bahnangestellte, die Lokführergewerkschaft GDL repräsentiert bloss 10 000 davon. Die GDL hat also ein Selbstbehauptungsinteresse und sie will die Arbeitsbedingungen verbessern.

Aus Schweizer Sicht reibt man sich die Augen: Die GDL will

«Die Bauern stehen nicht weit rechts!»

die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden bei gleichbleibendem Lohn. In der Schweiz arbeiten Lokführer 41 Stunden.

Das mag komisch anmuten, aber die Bahn ist entgegengekommen im ersten Vorschlag. Die GDL schlägt nun ihrerseits was vor. Es besteht also Spielraum auf beiden Seiten.

Wie steht denn die Bevölkerung zu diesem Streik?

In der Bevölkerung entsteht das Bild einer allgemeinen Unruhe. Es erwächst der Eindruck, die Regierung erzeuge nur Probleme, sodass die Leute auf die Strasse gehen müssten und die gesellschaftliche Konfliktemperatur ansteige. Das löst natürlich Unmut aus, und dieser richtet sich gegen die Bundesregierung – obwohl beispielsweise Agrarpolitik seit den 1960er-Jahren europäische Politik ist.

Man sieht sich angesichts des Unmuts an die Gelbwesten in Frankreich erinnert, wo man nie weiss, ob nicht tatsächlich Tumulte drohen. Wie lang ist die Zündschnur?

Der Vergleich mit den Gelbwesten ist eine Scheinevidenz. In Frankreich ist der politische Protest ganz anders gelagert. Dort wird protestiert, um zu verhandeln – mit dem Protest werden Verhandlungen gefordert. In Deutschland dagegen entstehen Proteste, nachdem verhandelt wurde und sich eine Seite nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden sieht, was durch das Tarifrecht geregelt ist.

Es ist also nicht mit einer Eskalation zu rechnen?

Das kommt darauf an, ob sich der bislang isolierte Bauernprotest mit anderen gesellschaftlichen Bruchlinien und damit anderen Protesten verbinden kann. Zum Beispiel mit einem Protest gegen die Migration oder den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Das war ja 1968 der Traum: dass die Studenten gegen die Regierung zusammen mit den Arbeitern gegen die Unternehmer protestieren. Das hat damals nicht geklappt, und es klappt heute bislang auch nicht.

Die unruhige Stimmung ist aber da, und mitten in diese plätzen nun die Enthüllungen um das Treffen rechter Politiker in Potsdam. Exponenten der AfD, der Werteunion, Neonazis und Unternehmer skizzieren Pläne, wonach Millionen Menschen ausgesiedelt werden sollen, auch solche mit deutschem Pass. Was ist Ihnen durch den Kopf gegangen, als Sie davon vernommen haben?

Da läuft im Kopf von ganz vielen Deutschen ein Film ab, den wir aus dem Geschichtsunterricht kennen: Es sitzen Unternehmer und bekannte Figuren aus dem rechtsextremen Spektrum zusammen und es geht um Mas-

«Ich würde auf das Vertrauen in die Demokratie setzen.»

sendeportationen. Dies in Potsdam, einem historisch geprägten Ort, bloss acht Kilometer von der damaligen Wannseekonferenz entfernt (an der im Januar 1942 die «Endlösung der Judenfrage» beschlossen wurde, Anm. d. Red.). Da wird es unheimlich.

Hat dieses Treffen denn eine Relevanz über einen engen extremistischen Zirkel hinaus?

Die Relevanz geht über die rechte Szene hinaus. Es waren ja nicht nur AfD-Leute dabei. Sondern es haben sich Leute aus AfD und CDU, Rechtsextreme, Deutsche und Österreicher getroffen, um über die Migration zu sprechen. Für die CDU ist es brandgefährlich, dass es Gesprächsfäden von rechtsextremen Kreisen ins gemässigte bürgerliche Lager hinein gibt.

Warum?

Während des Kalten Krieges ging es darum, wo die gemässigte Linke steht. In der Schweiz etwa ging es mit der Zauberformel auch darum, Gewerkschaften wie den SMUV in der Westschweiz und die SP auf jeden Fall innerhalb der Konsensdemokratie zu halten und nicht zu ihren ideologischen Verwandten, den Kommunisten, ziehen zu lassen. Heute ist die entscheidende Frage: Wie verhält sich die gemässigte Rechte?

Das ist die gleiche Frage wie vor 1933.

Genau. Geht die gemässigte Rechte zu ihren autoritären Verwandten, die von Umvolkung fantasieren? Oder geht sie zu ihren gesellschaftlichen Brüdern, also den Liberalen und den gemässigten Linken?

Als wir das letzte Mal miteinander gesprochen haben, ging es um diese «Brandmauer gegen Rechts», also die bedingungslose Abgrenzung der bürgerlichen Parteien zur AfD. Wie steht es heute um diese Brandmauer?

Dieses Jahr sind in den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg Landtagswahlen. Überall liegt die AfD vorne, mit um die 30 Prozent. Es stellt sich also die

Frage: Wie kann eine AfD-geführte Regierung verhindert werden? Können sich alle anderen demokratischen Parteien verbinden? Demokratietheoretisch ist das zwar nur eine Zwischenlösung und mitunter sogar gefährlich, weil es der AfD erlaubt, sich als einzige Opposition zu positionieren und so womöglich noch mehr Wähler zu gewinnen. Die CDU muss sich fragen, ob sie in eine Koalition mit der Linken einwilligt. Man darf nicht vergessen: In Ostdeutschland war die letzte Diktatur jene der SED. Dagegen lautet die westdeutsche Erfahrung: Nie wieder 1933.

Die Brandmauer-Strategie hat die AfD in den letzten Jahren nicht geschwächt, und zu Ende gedacht läuft sie auf eine «Wir gegen euch» hinaus, bei dem die «falsche Seite» der-einst die absolute Mehrheit erreichen könnte.

Wir sollten uns hüten, Umfrageergebnisse für Wahlergebnisse zu halten. Wir stehen nun knapp zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl. In dieser Zeit kann sehr viel passieren. Vor der letzten Bundestagswahl ist die AfD auch hochgeschrieben worden, doch dann ist sie von 12 auf 10 Prozent gefallen. Nicht zu vergessen sind die Querelen innerhalb der AfD, sie ist ja sozusagen in einer ständigen Häutung. Trotz des ständigen Elitenaustauschs ist es ihr bislang gelungen, die alten Wähler mitzunehmen. Aber ob das auch nächstes Mal so ist?

Die Pläne, die in Potsdam besprochen wurden, sind teils nicht vereinbar mit dem Grundgesetz...

(unterbricht) Das ist knallharter Rassismus. Mit «Umvolkung» meinen die ja die Ausbürgerung von deutschen Staatsbürgern.

Sollte die AfD nun verboten werden?

Das ist heikel. Moralisch wäre es geboten, solche Positionen unter Verbot zu stellen. Politisch sieht die Sache anders aus. Ein Verbot könnte nach hinten losgehen. Es wäre ein grosser Mobilisierungseffekt zu befürchten, und die AfD könnte argumentieren: Das System hat sich gegen uns verschworen. Insofern würde ich auf das Vertrauen in die Demokratie setzen.

Nach Bekanntwerden des Potsdamer Treffens gingen in ganz Deutschland Hunderttausende gegen rechts auf die Strasse. Zeigt dies, dass sich die Menschen die Demokratie nicht nehmen lassen wollen?

Sie zeigen, dass die Demokratie für sie ein Wert ist, für den sie sich engagieren. Den Menschen wird bewusst: Man kann etwas machen, und das wird auch wahrgenommen. So entsteht ein geprägtes Handlungsmuster. Wenn der nächste Skandal kommt, wird bereits Handlungswissen vorhanden sein.



Siegfried Weichlein: «Heute ist die entscheidende Frage: Wie verhält sich die gemässigte Rechte?»

Bild: Paul Hahn

In Umfragen hat die AfD nun ein bisschen an Zuspruch verloren, allerdings nur von 22,5 auf 21 Prozent, und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) kommt aus dem Stand auf über 10 Prozent. Wie denkt die schweigende Mehrheit in Deutschland tatsächlich?

Die schweigende Mehrheit sieht durch die Demonstrationen, dass sich was tut – und zwar in einem Format, das sie versteht, und das selbst in kleinen Städten. Sie sieht, dass die Strasse nicht den Rechten überlassen wird.

Sie sind also optimistisch, was die Zukunft der Demokratie in Deutschland betrifft?

Ich bin zumindest skeptisch gegenüber den Erfolgsmeldungen der Rechten. Ich sehe zum Beispiel noch nicht, dass sie gefestigte Strukturen ausbildet, die mit anderen Parteien vergleichbar sind. Und: Es steht und fällt mit den Institutionen. Wer die Institutionen beschädigt, beschädigt die Demokratie. Mit den grossen Demonstrationen ist deutlich geworden, dass es nicht so einfach sein wird, die Institutionen zu beschädigen.

Es kann aber sein, dass bei der Bundestagswahl die Parteien der Ränder zusammen auf einen Drittel der Stimmen kommen. Was würde das bedeuten?

Das zwänge die anderen Parteien, zusammenzuarbeiten. Wie wären Kompromissfindungen möglich? Und es hätte beispielsweise Auswirkungen auf Richterwahlen, denn diese benötigen eine Zweidrittelmehrheit. Es würden durchaus schwierige Zeiten anbrechen.

AfD und BSW sind beide russlandfreundlich. Was würde aus europäischer Perspektive ihr Erstarken im Hinblick auf die Bedrohung aus Russland bedeuten?

Putin setzt darauf. Ob das Ergebnis dann tatsächlich in seinem Sinne ausfällt, ist eine andere Frage. Es könnte auch dazu füh-

ren, dass die anderen Parteien gezwungen sind, ihre Differenzen beiseitezulegen und einen handlungsfähigen Abwehrrkonsens zu bilden.

Der Bundeskanzler allerdings wirkt in dieser Situation eher zaghaft und führungs-schwach.

Olaf Scholz ist Hanseat, er wirkt schon ein bisschen spröde. Aber: Wann hat man es je gesehen, dass eine SPD im Parlament nicht gegen ihren Kanzler und ihre eigene Regierung schiesst? Die letzten SPD-Kanzler hatten ihre schlimmsten Feinde in den eigenen Reihen. Es ist offenbar eine Leistung von Scholz, dass dem jetzt nicht so ist, zumal er eine Koalition von drei Parteien anführt. Diese Geschlossenheit dürfte sich auch im nächsten Wahlkampf auswirken.

Wagen Sie einen Ausblick: Wie sieht Deutschland gegen Ende 2025 nach der Bundestagswahl aus?

Der Historiker ist kein Prognostiker – wir sind rückwärtsgewandte Propheten. Doch ich möchte in Erinnerung rufen, wo wir knapp zwei Jahre vor der letzten Bundestagswahl standen. Auf die jetzige Koalition hätte damals niemand gewettet, die SPD hatte noch schlechtere Umfragewerte als heute. Politische Fronten können sich ändern, neue Variablen können dazukommen. Vor allem aber erhoffe ich mir, dass die CDU irgendwelchen Koalitionsvorstellungen mit der AfD eine klare Absage erteilt. Bislang hält die Brandmauer, doch es ist die entscheidende Frage: Wie verhält sich die gemässigte Rechte?

Und da muss der Historiker sagen: Es kann auf beide Seiten kippen, das gab es schon mal.

Ja. Angesichts der deutschen Geschichte muss ich sagen: An Koalitionen mit diesen Leuten zu denken, das ist absolut unverantwortlich.

Zur Person

- geboren am 4. Dezember 1960 in **Fulda**, Deutschland
- Studium der **Geschichte, Philosophie und katholischen Theologie** in Freiburg im Breisgau, Jerusalem und Tübingen
- Promotion mit einer Dissertation zur politischen Kultur in der Weimarer Republik
- 2002 Habilitation an der Humboldt Universität Berlin
- ab 2006 Assoziierter Professor für Europäische und Schweizerische Zeitgeschichte an der **Universität Fribourg**, seit 2014 dort Ordentlicher Professor
- Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Nationalismus, des Föderalismus und des Regionalismus, die Geschichte der Parteien, die Kulturgeschichte des Kalten Krieges und die politische Ikonographie
- lebt in Fribourg und Berlin (tg)

Wochenkommentar

Kollegialbehörde? Nur, wenn es nicht weh tut.

Bieler Gemeinderat ist man nicht nur bei schönem Wetter. Verantwortung ist gemeinsam gegen aussen zu tragen.

«Die Macht wird gegen innen geteilt, die Verantwortung gegen aussen gemeinsam getragen.»

Ein ehrenhaftes Credo, das sich die Bieler Regierung auferlegt hat. Es steht im «Grundsatzpapier Kollegialbehörde», für alle ersichtlich auf der Website des Gemeinderates.

Gelebt wird das Credo indes nicht. Nein, die Regierung verrät es.

Vor neun Tagen gab die Stadt Biel bekannt, dass das Einwohneramt und insbesondere die Abteilung Migration neu organisiert werden. Ein öffentlicher Befreiungsschlag, nach dem die chaotischen Zustände im Amt weit über die Grenzen des Seelands für Schlagzeilen gesorgt hatten. Und zwar für negative.

Viel zu lange müssen Menschen, die nach Biel ziehen, auf ihre Niederlassungs- oder Arbeitsbewilligungen warten. Der Berner Regierungsrat drohte: Sollt sie die Situation nicht bessern, ergreife der Kanton Massnahmen.

Die Stadt Biel informierte weiter darüber, dass sie mehrere Strafanzeigen eingereicht hat wegen mutmasslicher Veruntreuung und Bestechlichkeit innerhalb der Direktion für Sicherheit und Soziales. Mitglieder des Patrouillendienstes SIP werden verdächtigt, von Migrantinnen Sex oder Geld für eine schnellere Bearbeitung ihres Dossiers gefordert zu haben.

Der Vorwurf ist ungeheuerlich, der Schlamassel perfekt, der Bedarf nach Informationen gross.

Gilt das Credo der kollegial getragenen Verantwortung? In diesem Fall offensichtlich nicht. Statt zusammenzustehen, gehen die Gemeinderäte in Deckung.

Die Mitglieder der Bieler Regierung überlassen das Krisenmanagement der liberalen Sozial- und Sicherheitsdirektorin Natasha Pittet. Sie hat sich in den letzten Tagen den berechtigten kritischen Fragen der Öffentlichkeit gestellt.

Das ist ihr Job, zweifellos. Aber muss sie das allein tun? Können sich ihre Kolleginnen und Kollegen einfach so wegducken? Ist das kollegial?

PRR-Gemeinderätin Pittet trat ihr Amt im April 2023 an, das ist erst neun Monate her. Die Vergehen, die nun untersucht werden, liegen mehrere Jahre zurück. Sie fallen in die Amtszeit von Pittets Vorgänger, SVP-Gemeinderat Beat Feurer, der zehn Jahre lang Sicherheitsdirektor war und heute die Finanzdirektion leitet.

Feurer schweigt in dieser Sache, bis heute. Ebenso SP-Stadt-

präsident Erich Fehr. Dabei vertritt dieser in seiner Funktion die Stadt Biel gegen aussen.

Fehr weist entsprechende Anfragen der Medien zurück. Weil er einzelnen Regierungsmitgliedern nicht ins Geschäft dreinreden wolle – und man das nicht sollte. Hat er vergessen, dass dies in der Vergangenheit vorkam? Vor sechs Jahren, als der Gemeinderat dem damaligen Sozialvorsteher eine externe Fachkommission zur Seite stellen wollte, um ihn zu kontrollieren. Der Name des Sozialvorstehers: Beat Feurer.

Gemeinderat ist man nicht nur bei schönem Wetter. Regierungsmitglied nicht nur, wenn es Lob zu holen gibt. Verantwortung gilt es gemeinsam gegen aussen zu tragen – auch dann, wenn es weh tut.



Nicoletta Cimmino